



=====

Sprecherteam des Berliner Wassertischs – Pressemitteilung 25.10.2012  
<http://berliner-wassertisch.net>

=====

## Senat-RWE-Wasserdeal von 654 Mio. Euro: Ein Schlag ins Gesicht von 666.000 Wählerinnen und Wählern beim Wasser-Volksentscheid!

Die Regierungsfractionen SPD und CDU haben den Beschluss des Senats, den RWE-Anteil an den Berliner Wasserbetrieben für 654 Mio. Euro zurückzukaufen, am 24.10.12 in den Ausschüssen des Abgeordnetenhauses durchgewinkt. Die Zustimmung des Plenums soll im Schweinsgalopp per Tischvorlage in der heutigen Plenarsitzung folgen: ganz im Stil von 1999, als für dieselben Koalitionsparteien die damalige Finanzsenatorin Fugmann-Heesing die unselige Teilprivatisierung durchpeitschte.

„Die Dreistigkeit vor allem der SPD-Abgeordneten, sich für diese Entscheidung auf den Volksentscheid ‚Unser Wasser‘ zu berufen, ist atemberaubend“, sagt Gerlinde Schermer vom Berliner Wassertisch, der den gewonnenen Volksentscheid herbeigeführt hatte. „In Wirklichkeit ist sie eine Verhöhnung der Wähler und ein massiver Betrug an der gesamten Berliner Bevölkerung.“

Denn die angebliche „Rekommunalisierung“ sieht vor, dass alle offenkundigen Fehler von damals zementiert und neue draufgesattelt werden: Der verfassungsumgehende Konsortialvertrag bleibt bestehen, RWE wird der Rückzug vergoldet, der andere Privatpartner, Veolia, bleibt und wird mit der berüchtigten Gewinngarantie weiterbedient. Veolia kann trotz Ausscheidens von RWE weiter die - verfassungswidrige - betriebliche Führung durchsetzen, die Preismissbrauchsverfügung des Bundeskartellamtes wird hintertrieben.

Und zahlen sollen die Zeche wie immer die Wasserkunden. „Was ist von einer Rekommunalisierung zu halten, die eine vorübergehende Absenkung der Trinkwasserpreise als Erfolg ausgibt?“, kommentiert Ulrike von Wiesenau vom Berliner Wassertisch. „Die Tarifsenkung bleibt weit hinter den Forderungen des Bundeskartellamtes zurück und lässt die Abwassertarife, die auf den Rechnungen der meisten Kunden weit mehr ins Gewicht fallen, unangetastet“, ergänzt Ulrike Kölver.

Gegen die Argumente und drängenden Fragen der Opposition (Grüne, Linkspartei, Piraten) hatte das Regierungslager nichts Besseres drauf als blinde Gefolgschaft, koste sie, was sie wolle. In diesem Fall kostet sie: zum Fenster hinausgeworfene 654 Mio. Euro, für die das Land nicht das berühmte „Schwarze unterm Fingernagel“ zusätzlich bekommt, sondern im Gegenteil sich nur weitere Folgekosten und Rechtsprobleme einhandelt.

„Da ist es wohl fällig, ein nächstes Volksbegehren einzuleiten zur Änderung des Berliner Betriebs-Gesetzes, damit nicht mehr in Berlin die Wasserpreise hoch getrieben werden. Wenn das Parlament es partout nicht macht, müssen das im nächsten Schritt eben die Bürgerinnen und Bürger selbst in die Hand nehmen“, sagt Gerhard Seyfarth vom Berliner Wassertisch. „Drei zentrale Punkte müssen Gesetz werden: Keine Verpflichtung zur Gewinnerzielung, effektive Preissenkung statt Phantasiezinsen, demokratische Kontrolle der kommunalen Unternehmen unter Einbeziehung der Verbraucher. In die Änderung des Betriebs-Gesetzes müssen auch die weiter geltenden Verträge einbezogen werden. Denn keine Anfechtung oder Änderung des Gesetzes macht Sinn, wenn nicht gleichzeitig sichergestellt wird, dass die verfassungswidrigen Verträge nicht durch die Hintertür das Gesetz aushebeln.“

Kontakt:

Ulrike Kölver, Tel. 0178 631 30 89  
Gerlinde Schermer, Tel. 0177 24 62 983  
Gerhard Seyfarth, Tel. 0170 200 49 74  
Michel Tschuschke, Tel. 0163 664 87 39  
Ulrike von Wiesenau, Tel. (030) 781 46 04

<http://berliner-wassertisch.net>